

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 25.— Mk., vierteljährlich 75.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung

der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die Spalten, je 6. — Mk., von auswärts 10. — Mk. Arbeitskraft u. Wohnungsangelegenheiten nach Bel. Tarif, die 3-spaltigen Anzeigen 25. — Mk., von auswärts 30. — Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis 9 Uhr. — Postkonto Danzig 2945.
Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Nr. 201

Montag, den 28. August 1922

13. Jahrgang

Zeitungsnot und Arbeiterpresse.

Der „Vorwärts“ schreibt zur Lage im Zeitungsgewerbe:

Die Krise, die schon seit Monaten das Zeitungsgewerbe bedroht, ist jetzt in ein verschärftes, wenn nicht entscheidendes Stadium getreten. Die Verküperung der wichtigsten Rohstoffe zur Herstellung der Zeitung nimmt Formen an, denen die selbständigen Zeitungsbetriebe auf die Dauer nicht mehr gewachsen sind. Man muß fürchten, daß die Zahl der Zusammenbrüche im Zeitungsgewerbe in aller nächster Zeit noch gewaltig zunehmen wird. Besten Falles ist dieser kritische Zustand bedingt durch die geradezu phantastische Steigerung der Preise für Druckpapier, die mit dem Dollar nahezu Schritt halten. Ein Kilo Zeitungsdrukpapier, das vor dem Kriege 0,20 Mark gekostet hatte, war bis zum Januar d. Js. auf 7 Mark in die Höhe gegangen; es kostete im August 28 und soll jetzt auf 70 Mark erhöht werden. Mit anderen Worten: Im September wird ein Kilogramm Zeitungspapier den 35fachen Friedenspreis kosten.

Das ist nicht der einzige Rohstoff, der so unglaublich viel Kosten bereitet, auch der übrige Materialaufwand im Zeitungsgewerbe hat sich enorm verteuert.

Wenn schon die bürgerliche Presse über diese gewaltige Last schwere Klagen führt, so hat die Arbeiterpresse erst recht alle Ursache, dieser Entwicklung mit der größten Besorgnis entgegenzusehen. Viel mehr als die meisten bürgerlichen Zeitungen ist sie auf die Erlöse aus den Abonnements angewiesen, und sie kann sich nicht wie die übrige Presse durch Subskriptionen und die manchmal mit Angebotsdrücken an interessierte Kreise verbunden sind, für den Ausfall schadlos halten. Die Arbeiterpresse ist in Gefahr, ihr stärkstes Machtmittel im Kampfe um ihr Recht und um die Verbreitung ihrer Forderungen vor der Öffentlichkeit zu verlieren oder in ihrem Wirkungsgrad beeinträchtigt zu sehen. Was das bedeutet, nachdem schon heute ein gewaltiger Teil der öffentlichen Meinung von den Interessen privater Geldgeber diktiert wird, darüber wird sich niemand einer Täuschung hingeben können. In demselben Maße wie die Arbeiterpresse zu Einschränkungen gezwungen wird, wird die Arbeiterklasse mundtot gemacht.

Das muß unter allen Umständen verhindert werden.

Ungeheurer Opfer und gewaltiger Kraftanstrengung hat es bedurft, um die Arbeiterpresse zu dem zu machen, was sie heute ist, zu einem Organ, das die Interessen der Arbeiterklasse gegenüber den politischen und wirtschaftlichen Ausschreitungen anderer politischer Gruppen mit großem politischen Gewicht und mit dem reichhaltigen Angebot aller modernen Mittel des Zeitungswesens vertritt. Jetzt droht dieser kraftvollen Entwicklung durch die Rohstoffvertüerung eine nicht zu unterschätzende Gefahr. Nachdem ohnehin die Aufwandskosten einer Arbeiterfamilie durch die fortschreitende Teuerung der Lebensmittel und Bedarfswaren in erschreckendem Ausmaße gestiegen sind, liegt es nahe, daß eine Anpassung der Bezugspreise an die erhöhten Produktionskosten der Zeitung weite Kreise abstoßen wird, noch weiter eine Tageszeitung zu halten.

Der Arbeiter, der so handelt, der sich seines wichtigsten Kampfmittels beraubt, schädigt damit sich selbst. Es ist Aufgabe aller Parteigenossen, nach Mitteln zu suchen, die dazu beitragen, die katastrophale Krise zu überwinden. Doch es ist nur ein Zwangsschritt, wenn man von den „hohen“ Zeitungsgebühren spricht. Man vergißt oft, daß es andere Waren des täglichen Bedarfs gibt, die noch viel gewaltiger im Preise gestiegen sind, und die trotzdem noch gekauft werden. Aber man ist es nur einmal gewöhnt, die gestiegenen Mieten und Minderungen zu machen als die körperliche und als manche Genusmittel. Und so kommt es, daß die Wirkung steigender Bezugspreise im gesamten Zeitungsgewerbe ein Rückgang der Abonnentenzahl ist. Das ist ein offenes Geheimnis; es wird durch die Einstellung vieler Zeitungsbetriebe bestätigt, und es wäre Torheit, an der Gefahr vorbeizugehen, obwohl man gerade in der Arbeiterpresse oft genug die Wahrnehmung machen konnte, daß der weitaus überwiegende Teil der geschulten organisierten Sozialisten den Wert seines Blattes im Kampf um die Macht bisher richtig einschätzen wußte.

Es muß also Vorkehrung dagegen getroffen werden, daß die Arbeiterpresse von der wachsenden Teuerung verschont bleibt. Der politische Einfluß der Arbeiterpresse in

der Öffentlichkeit herabgemindert oder in einzelnen Teilen des Reiches sogar ausgeschaltet wird. Noch mehr als bisher muß sich die Arbeiterpresse bewußt werden, daß alle Demonstrationen und politischen Aktionen im Parlament an Wirkungskraft verlieren, wenn sie nicht von einer tatkräftigen und einflussreichen Presse unterstützt werden. Es wäre nicht von der Hand zu weisen, daß man die Entziehung der Abonnementsgebühren in eine nähere Beziehung zur Lohnzahlung bringt. In Österreich hat man bereits mit gutem Erfolge die Propaganda und die Kassierung der Abonnementsgebühren in die Betriebe verlegt, so daß im Gesamthaushalt der Familie die Ausgabe für die Zeitung nicht so sehr in Erscheinung tritt.

Das Sterben der Zeitungen, besonders der Arbeiterpresse bedeutet in Wirklichkeit die Erbschließung der Demokratie. Die zunehmende Herrschaft der öffentlichen Meinung durch privatkapitalistische Interessen ist letzten Endes der Tod der Demokratie, die Auslieferung der Politik an wenige kapitalistische Gruppen. Eine demokratische Republik hat die Pflicht, das zu verhindern. Genauso sehr aber hat die Arbeiterklasse als wichtigste Trägerin des demokratischen Gedankens die Aufgabe, ihre eigene Kraft ganz in den Dienst der Sache zu stellen und ihre bedrohte Presse zu stärken.

Deutschösterreich vor dem Ende.

Frankreichs Zunderbrot und Peitsche.

Nach dem „Echo de Paris“ hat die französische Regierung verlangt, daß der Bericht des Völkerbundes über die Unterstützungsfaktion für Österreich noch vor dem 1. September den interessierten Regierungen mitgeteilt werde. Die französische Regierung wünscht lebhaft, daß vor dem 15. September (den Selpel als Versammlung im wahrsten Sinne des Wortes eröffnet haben soll, Red.) eine Lösung zustande kommt. Sie ist der Ansicht, daß bevor eine Finanzreform durchgeführt werden könne, eine Verwaltungsreform zu erfolgen habe. Vor allem sollte eine internationale Polizei, Gewalt eingesetzt werden, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, da die (sozialistische) Red.) Bundeswehrmacht nicht genug diszipliniert sei.

„Daily Chronicle“ meldet aus Paris: Während der letzten Endes 24 Stunden seien in Paris Berichte eingetroffen bezüglich eines Anschlusses Österreichs an Italien. An den amtlichen Kreisen Frankreichs werde erklärt, daß ein solches Vorgehen Krieg zwischen Italien und der kleinen Entente bedeuten würde. Andererseits wurde mitgeteilt, daß Italien der kleinen Entente nicht erlauben würde, eine vorherrschende Stellung in Österreich einzunehmen.

Als das im Zeichen der Friedensschlüsse von Paris, die Europa bekanntlich den wahren Frieden geben sollten.

Noch keine Entscheidung der Reparationskommission.

Die Reparationskommission veröffentlicht folgende Note: Die Reparationskommission war Sonnabend mittags von 11 bis 1 Uhr versammelt. Die Kommission ist der Ansicht, daß es für nicht möglich sein wird, vor Mittwoch, den 30. August eine Entscheidung über das von der deutschen Regierung am 12. Juli vorgelegte Moratoriumsverlangen zu fällen. Sie hat der deutschen Regierung zur Kenntnis gebracht, daß, wenn diese von der Möglichkeit, gestützt zu werden, die ihr nach Art. 281 des Friedensvertrages zusteht, Gebrauch zu machen wünscht, die Kommission geneigt ist, die bevollmächtigten Vertreter am Mittwoch zu hören.

Wie der „Temps“ meldet, haben in der gestrigen Sitzung der Reparationskommission die einzelnen Delegierten ihre Ansicht über das deutsche Moratoriumsverlangen auseinandergesetzt. Die einen erklärten, sie seien einem Moratorium günstig gestimmt, die anderen betonten das Gegenteil, wenn nicht durch Deutschland produktive Pfänder gegeben würden. Zwei Ansichten seien bei allen Mitgliedern der Kommission zum Durchbruch gekommen, einmal, daß die gegenwärtige Unsicherheit ohne schwere Folgen nicht länger dauern könne und daß die Entscheidung der Kommission möglichst früh, wenn möglich am Mittwoch, erfolgen müsse, außerdem, daß durch die Delegierten Verhandlungsversuche gemacht werden müßten, um eine einstimmige Entscheidung herbeizuführen.

Sunday Times meldet aus Paris, Bradbury habe in einem Interview erklärt, er sei davon überzeugt,

daß die deutsche Regierung ernste Anstrengungen mache, dem französischen Standpunkt entgegenzukommen. Er sei der festen Meinung, daß die französische Regierung ihr Möglichstes tun sollte, um der deutschen Regierung auf halbem Wege entgegenzukommen.

Mahnahmen der Reichsregierung gegen die Teuerung.

Ein gestern unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten abgehaltener Ministerrat beriet über die innere Lage des Reiches und beschäftigte sich mit Maßnahmen gegen die durch die Teuerung hervorgerufenen Schwierigkeiten. Aus der Aussprache ergab sich, daß vom Reichskabinett Beschränkungen für die Einfuhr von Luxusgegenständen beschlossen worden sind. Erhöhungen der Ausfuhrabgaben werden in den nächsten Tagen bekanntgegeben. Maßnahmen gegen die reine Devisenspekulation sind in Vorbereitung. In Aussicht genommen sind ferner ein Ausfuhrverbot für Textilien, Maßnahmen gegen reine Devisenmehrgewinne, verstärkte Pfandmaßnahmen für Kriegsschadigte, Kriegshinterbliebene, soziale und kleine Rentner, sowie Maßnahmen zur Sicherstellung und sachgemäße Verteilung der notwendigen Lebensmittel. Das Reichskabinett ist entschlossen, schnelle und umfassende Vorbeugungsmaßnahmen gegen eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage weiterer Bevölkerungsschichten zu ergreifen.

Der Kampf um den Rhein.

Von Wilhelm Zöllmann-Köln.

Die europäische Ausdehnungspolitik Frankreichs zielt auf den Rhein. Sie folgt damit den Ueberlieferungen dreier Jahrhunderte. Ob Frankreich in diesem langen Zeitraum bourbonisch, bonapartistisch oder republikanisch regiert war, ob absolute Monarchen oder parlamentarische Minister das Land beherrschten, die französische Rheinpolitik ist sich in ihrem Wesen immer gleich geblieben. Wohl ist richtig, daß einsichtige Franzosen von europäischem Weltbild und wahrhaft friedlicher Gesinnung dieser Politik widersprechen und von irgendwelchen offenen oder verhehlten Annexionen am Rhein nichts wissen wollen, aber es ist doch auch Tatsache, daß selbst und wohlgeleitete Franzosen eine „Befreiung“ der Rheinlande von „Preußen“, eine Zurückdrängung „Frankens“ vom Rhein ganz gern sehen würden. Die Neigung, mit dem Rheinlande Verträge zur Herbeiführung eines Pufferstaates oder einer neutralen Zone zwischen Frankreich und „Preußen“ herzustellen, ist in der französischen Republik sehr groß. Sie kommt immer wieder in der französischen Presse der verschiedensten Richtungen, die Sozialisten und die Kommunisten ausgenommen, zum Ausdruck. Der Wunsch einer aktiven französischen Rheinpolitik ist viel stärker als der sozialistisch-pazifistische Widerstand. Es ist richtig, dies anzuerkennen, als sich um andere mit der schönen Einbildung zu trösten, nur militärische und enge nationalitäre Kreise Frankreichs trachten nach der Rheingrenze.

Die Politik der französischen Zivilregierung unter Poincaré bewegt sich in Bezug auf den Rhein genau im Geiste des amtlichen Gutachtens, das Marshall Foch am 31. März 1919 dem Großen Rat der Vier erstattet hat:

Wenn wir den Rhein nicht dauernd behalten, dann gibt es keine Neutralität, keine Abrüstung, keine schrittweise Aufrüstung, durch die Deutschland verhindert werden könnte, sich des Rheins zu bemächtigen und sich von hier aus vorteilhaft zu entwickeln. Wenn ist Marshall Foch verfassungsmäßig längst kein Faktor mehr in der französischen Politik, aber seine reichliche Seerührer sind in jedem Lande eine tatsächliche politische Macht. An diesem Punkte kommt noch hinzu, daß französisch-belgische Offiziere fast die ganze Rheinlinie besetzt hatten. Man hat den hersehenden Gewaltigen Frankreichs genügt nicht anrecht, wenn man selbst in Rheinlande arbeiten französische Offiziere und Beauftragte der französischen Zivilregierung in treuer Gemeinschaft und mit gleichem Eifer an der Verwirklichung dieser Gebiete vom Reich. Deshalb ist leider kein Zweifel an der Tatsache erlaubt, daß Poincaré, wenn auch mit anderen Methoden, das alte französische Rheingebiet anstrebt, wie es der Marshall von Frankreich als Siegespreis aufgestellt hat. Wenn

[illegible]

da aber die meisten die mangelnde Lektüre der einschlägigen Literatur den der Vgl. der Umgebungsänderungen anrechnen und dieses noch mit deren Unzulänglichkeiten nicht erklären können.

nach einer Spurensuche aus dem Jahre 1911 ist die
wiederhergestellt. In der Nacht wurden ver-

der Einkommens der Mitglieder einsteht? Die jähr-
lichen der letzten zwei Jahre sind wie folgende gewesen:
Der durchschnittliche Betrag der Beiträge betrug 1920
1, 10 die Frage vorzulegen, ob die Mitglieder in bei

Ein französisches Schlachtschiff gesunken. Das Schlachtschiff „France“ ist Freitag nacht 1 Uhr bei der Wiedkehr von Hochbäumen auf der Meere von Vortent in der Nacht von mehreren auf Zeller gesunken und led geworden. Versuche, das Schiff flott zu halten, scheiterten. Um 4 Uhr morgens sank das Schiff und ist in 20 Meier Tiefe gesunken. Während die Nachmittagsblätter melden, daß bisher keine Menschenleben als verloren bezeichnet wurden, teilt Tages am Nachmittag mit, daß drei Mann der Besatzung vermißt werden. Nach einer späteren Meldung aus anderer Quelle seien etwa 30 Tote zu beklagen sein. Die „France“ hatte eine Besatzung von 500 Mann. Im Augenblick der Katastrophe befanden sich etwa 300 Mann an Bord.

Ein neues Syphilisheilmittel? Man ist mit Recht vor-
sichtig geworden gegen alle Anpreisungen solcher Art. Wie
die „Neuen Posen Freie Presse“ von ihrem Pariser Kor-
respondenten gemeldet wird, haben die französischen Profes-
sen Auvarter und Rebault im Hahnengartenvorstadt ein
wirksames Syphilisheilmittel entdeckt und es sowohl
an Leutenden wie auch bei tertiären Prozessen als erfolg-
reich befunden. Die Nachricht über die Wirkung des Ha-
hengartenvorstadt bei Syphilis entspricht der Mitteilung,
von Auvarter und Rebault, indem durch seine mikrobiolo-
gischen Forschungen bekannt geworden Abtheilungsleiter
am Institut Pasteur in Paris, sowie aus ihrem Mit-
arbeiter Dr. Schwarz am 24. Juni d. J. in der Société
Hygiène in Paris gemacht wurde. Sie bestätigten, daß
inzwischen einer zweifelhafte Wirkung von weintraum-
vorstadt bei den verschiedenen Stadien der Syphilis
überwiegend früher helfend wirken und daß es ge-
nug verdaulich ist. Neue Untersuchungen durch einen Be-
ratung wundert sich unter die Haut in Berlin. Die Posa-
den werden vollständig nachgewiesen werden. Keinesfalls
sollten auch kann vorübergehen. Jeder Schritt, den
die Wissenschaft auf diesem Gebiet vorwärts geht, ist be-
wundernswürdig.

angekommenen Galendertag 3. März 1897. Zu Ehren
werden besonders bekanntgegeben.

Aus dem Osten.

den auch bei der Wahl des Schwerfing unterdrück.
(Beachtung folgt.)

Paintings, Maps:	18.00	am	Portage	21.00
Umer, Dohar :	1650	"	"	2000
Englische Wund: etc.	—	"	"	—

